

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementpreis im Monat einschließlich Bringerlohn 4.50 Mk., bei Selbstabholung 4.25 Mk.  
Durch die Post bezogen vierteljährlich 15.— Mk., für 1 Monat 5.— Mk.  
(Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 30 Pfg.)  
Postfachkonto Nr. 53 477. Postfachkonto Nr. 53 477.

Redaktion:  
Leipzig, Tauchaer Straße 19/21.  
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig.  
Fernsprecher: 13 098.

Inseratenpreise:  
Die 7gespaltene Kolonelle 1.55 Mk. — Die 7gespaltene Kolonelle mit Platzvorschrift 1.85 Mk. — Die 7gespaltene Kolonelle Familiennachrichten 1.40 Mk. Die Reklame-Kolonelle 0.25 Mk.  
Schluß der Annahme von Inseraten für die künftige Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 19/21, Fernsprecher: 4596 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

## Der Kanzler zwischen zwei Stühlen. Eine Rede Müllers in der Nationalversammlung.

### Der Blutdurst des Militärs im Ruhrrevier.

#### Ein zu Unrecht demontiertes Ultimatum des Militärs.

Berlin, 13. April. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die Telegraphen-Union verbreitete gestern eine Meldung aus Essen, der Militärbesitzhhaber der Stadt, Oberst Baumbach, habe von der Regierung gefordert, daß ihm volle Handlungsfreiheit, vor allem die Möglichkeit zur Einsetzung des Standrechts, gewährt werde, andernfalls er abziehen und das Ruhrgebiet sich selbst überlassen werde. Eine „zuständige Stelle“ ließ diese Nachricht demontieren, indem sie erklärte, daß über eine derartige Forderung des Essener Militärbesitzhabers nichts bekannt sei. Demgegenüber steht jetzt die Freilicht fest, daß „die zuständige Stelle“, nämlich das Reichswehrministerium, am Spätnachmittag des 11. April mehrere Stunden lang mit dem Essener Militärbesitzhhaber über ein Ultimatum verhandelt habe. Bei diesen Verhandlungen gelang es dem Reichswehrminister nicht, Oberst v. Baumbach zum Gehorsam und zum Aufheben seiner Forderungen zu bringen. Man entschloß sich deshalb, dem parlamentarischen Untersuchungssekretär im Reichswehrministerium, den Abgeordneten Stöck, nach Essen zu senden, damit er in persönlichen Verhandlungen die Schwierigkeiten beseitige. Offiziell wird die Reise des Untersuchungssekretärs damit begründet, daß er als Vorsitzender der im Reichswehrministerium eingesetzten Untersuchungskommission zum Zwecke verschiedener Feststellungen in das Ruhrgebiet abgereist sei. Das Demontieren des Reichswehrministeriums ist nach diesen, aus unbedingt zuverlässiger Quelle stammenden Mitteilungen unrichtig, und die Freilicht betont, daß das Vorgehen des Oberst v. Baumbach in der Folge ebenso eine Bestätigung finden wird, wie die Beschwerden gegen die Weigade Epp trotz aller Ablehnung ihre Bestätigung gefunden hätten.

Selbst der Königlich Preussischen Zeitung, die im Herzen durchaus mit der Forderung des blutdürstigen Obersten einverstanden ist, geht dieses Auftreten des Militärs gegen den Strich. In einer Notiz „Wallensteinerei“ kommt sie nach einigen Weinen und Wber zu folgendem Schluß:

Das ändert aber nichts daran, daß solche Wallensteinerei im Interesse des Staatswohlstands als schärfste zu tadeln ist. Es gäbe nach Maßgabe des staatlichen Empfindens, zu dem die alte Zeit uns erzo-gen hatte, darauf nur die eine Antwort, daß der auffällige Offizier sofort seines Postens enthoben und vor das Kriegsgericht gestellt würde. Die Regierung selbst trifft die Schuld, wenn ihre Autorität so zerstückelt ist, daß sie zu einem solchen Schritt der Staatsnotwendigkeit nicht mehr fähig ist.

Was wir den Herren Müller und Geßler zur Notiz empfehlen. Das gilt nicht nur für den Fall Baumbach, sondern ebenso für die Fälle Watter, Schäfer und Lohberg und unzählige mehr.

### Ist der Reichswehrminister blind?

#### Verfassungstreue Truppenteile werden geschurigelt.

Berlin, 13. April. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Ein eigener Drahtschreiberkatter des Vorwärts meldet aus Hamburg: Die in weitem Umkreise von Hamburg liegenden Reichswehrtruppen haben am Montag von dem Stettiner Wehrkreiskommando den Befehl erhalten, zum Grenzschutz an die polnische Grenze abzugehen. Auf dem Hamburger Telegraphenamt wurden gleichzeitig folgende Telegramme mit übereinstimmendem Text von einer Anzahl Offiziere abgefaßt: „Am 14. nach Indien.“ Daran schlossen sich Abschiedsgrüße an Privatleute. Ein Offizier telegraphierte an einen Bliesebühel: „Abreise, Bliesebühel, Ihre Entlassung Duatich, brauchen Sie in einigen Tagen, der Truppenteil wird geschurigelt.“ Wie der Korrespondent des Vorwärts aus wohl informierten Kreisen erfährt, handelt es sich ganz offenbar darum, daß die in Frage kommenden Truppenteile, deren Franzosen und Unteroffiziere sich während des Kapp-Putsch als verfassungstreue erwiesen, an Orte gebracht werden sollen, wo sie — nach der Heuerung eines Offiziers gegenüber dem Gewächsmann — „hinter Bretter gehen und wieder in das richtige Fahrwasser“ gebracht werden sollen.

### Entwaffnung der Zeitsfreiwilligen in Anhalt und der Provinz Sachsen.

Wie dem Leipziger Tageblatt aus Halle berichtet wird, hat Oberpräsident Hering, um dem anhaltenden Kampf um die Zeitsfreiwilligen-Regimenter ein Ende zu machen, für die Provinz Sachsen und für den Freistaat Anhalt angeordnet, daß die von ihm näher bezeichneten Zeitsfreiwilligenverbände unverzüglich, spätestens bis 15. April, sämtliche in ihrem Bes. befindlichen Waffen und Ausrüstungsgegenstände abzugeben haben. Zuwiderhandlungen werden mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu 10 000 Mk. bestraft.

Das entschiedene Vorgehen des Oberpräsidenten steht wohl-tuend von dem Verhalten der süddeutschen und sächsischen Regierungen ab. Hossentlich wird man auch an andern Stellen nun diesem Beispiel folgen. Insbesondere muß von der sächsischen Regierung, die ihre Untätigkeit bisher immer mit formalen Bedenken und mit dem Hinweis auf die Unzuständigkeit zur Lösung dieser Frage entschuldigt hat, gefordert werden, daß auch sie nun endlich dem berechtigten Verlangen der Arbeiterschaft nachzieht und die Entwaffnung der reaktionären Zeitsfreiwilligenformationen durchsetzt. So viel Selbständigkeit wie ein preussischer Regierungspräsident, also eine doch immerhin untergeordnete Regierungsstelle, muß doch die sächsische Regierung auch haben.

### Maerchers Nachfolger.

II. Dresden, 13. April. Die Leitung der militärischen Unternehmungen im Vogtlande hat Generalmajor v. Stolzmann, ein geborener Hesse, übernommen, der vorläufig mit der Leitung des Wehrkreiskommandos IV beauftragt ist.

### Englisch-französische Verständigung?

Nach einer Pariser Meldung statete Lord Derby am Montag-nachmittags Millerand einen Besuch ab, um im Namen seiner Regierung um einige Aufklärungen zu bitten. Der Temps sagt: Wenn, wie es nach der Unterredung den Anschein hat, ein Einverständnis zwischen der englischen und der französischen Regierung erzielt ist, so ist es wahrscheinlich, daß Bonar Law heute im Unterhause eine Erklärung abgeben wird. Unter diesen Umständen werde Millerand morgen in der französischen Kammer das Wort ergreifen.

Nach einem Privattelegramm des Temps aus London vom Montag-nachmittags glaubt man auch in englischen Kreisen, daß der Zwischenfall als beigelegt gelten kann. Man hofft dort, daß die Krise, wenn es überhaupt eine Krise gab, heute ihr Ende erreicht hat.

### Rußland nimmt die litauischen Bedingungen an.

Kowno, 12. April. Tschitscherin hat mitgeteilt, daß Rußland die Unabhängigkeit Litauens vorweg anerkennen und sie nicht erst bei den Friedensverhandlungen erörtern wolle, daß es wegen der Grenzen Litauens die von der litauischen Regierung aufgestellte ethnologische Grundlage annehme und hinsichtlich der Städte Wilna und Grodno den litauischen Standpunkt teile. Wegen des Ortes der Friedensverhandlungen wolle es jeden Vorschlag der litauischen Regierung in Erwägung ziehen. Werden durch das Entgegenkommen Rußlands die Schwierigkeiten für eine Verständigung mit Litauen beseitigt, so wird damit andererseits die Verständigung mit Polen erleichtert, weil Polen bekanntlich grundsätzlich die Wiederherstellung der polnischen Grenzen nach dem Stande von 1772 fordert.

### Belagerungszustand in Jerusalem.

Amsterdam, 12. April. Laut Times ist in Jerusalem der Belagerungszustand verhängt worden. Die Rädelsführer der jüdischen Unruhen sind verhaftet. Die Stadt ist ruhig. Die Banken und Geschäfte sind wieder geöffnet. Bei den jüngsten Zusammenstößen wurden 5 Juden und 4 Mohammedaner getötet, 6 Juden, 22 Mohammedaner und 2 Christen verwundet.

### Fortschritte der englischen Arbeiterpartei bei Wahlen.

London, 10. April. (Reuter.) Bei der Erstkabwahl in Darford wurde Mills (Arbeiterpartei) gewählt. Hier war bei der letzten Wahl der Koalitionsliberaler gewählt worden. Bei der Erstkabwahl in Stockport wurden Greenwood (Koalitionsunionist) mit 22847 und Hildes (Koalitionsliberaler) mit 22386 Stimmen gewählt. Ser Den Money (Arbeiterpartei) erhielt 16042, Berry (Kooperativer und Arbeiterpartei) 14341, Einzell (Unabhängiger) 5644, Ferrer (Unabhängiger) 5543 und O'Brien (Republikaner der irischen Arbeiterpartei) 2386 Stimmen. Bei der letzten Wahl waren die Koalitionsliberalen ohne Gegenkandidaten gewählt worden.

### Frankreichs militärischer Putsch.

W. O. Die politischen Ereignisse jagen sich in revolutionären Zeiten in so schneller Folge, daß selbst den eingeweihten Politikern es nicht immer leicht ist, ein richtiges Bild von der jeweiligen politischen Konstellation zu erhalten. Deshalb tut zeitweise Befinnung und Umblick, Rückschau und Ausblick besonders not. Ueber den kleinen Ereignissen, die oft so sensationell erschütternd wirken, dürfen die großen Linien nicht vergessen werden, und mancher Vorfall, den wir im Augenblick nach der Stimmung gewertet hatten, in der wir uns gerade befinden, findet eine wesentlich andre Wertung bei der Betrachtung unter dem großen Gesichtswinkel des letzten Zieles.

In besonders hohem Maße gilt dies von den Ereignissen in der äußeren Politik, die leider in Deutschland noch immer unter dem Gesichtswinkel innerpolitischer Wertung betrachtet werden. Selbst die große Idee der Weltrevolution hat daran bisher wenig ändern können. Es ist nicht nur die deutsche Bourgeoisie, die in den Maßnahmen irgendeiner ausländischen Regierung den Ausdruck des Volkswillens jener Nation zu sehen glaubt. Es ist auch ein großer Teil der deutschen Arbeiterschaft, der noch immer dieser Denkweise unterliegt. Selbst die Arbeiter, die völlig verstehen und dank ihrer revolutionären Erfahrungen sehr wohl wissen, daß die große Mehrheit des deutschen Volkes keineswegs dafür verantwortlich zu machen ist, wenn die deutsche Regierung mit militärischen Maßnahmen im Ruhrgebiet und in der neutralen Zone eingreift, selbst die Arbeiter, die sich wohl dessen bewußt sind, daß solche Regierungshandlungen ein Ausfluß militärischer Willkür, nicht aber der Ausdruck des Volkswillens sind, selbst diesen Arbeitern fehlt es nicht selten an Verständnis dafür, daß auch die Maßnahmen ausländischer Regierungen nicht immer oder sogar selten der Ausdruck des Volkswillens sind.

Es ist kein Zweifel, daß die deutsche Regierung, als sie in die neutrale Zone des Ruhrgebiets ihre Truppen einmarschieren ließ, sich eine Verletzung des Friedensvertrags zuschulden kommen ließ. Nach dem Artikel 43 des Friedensvertrags ist der deutschen Regierung „die ständige oder zeitweise Unterhaltung oder Ansammlung von Streitkräften in der neutralen Zone untersagt“. Auch das Zusatzabkommen vom 9. August 1919, durch das die Regierung die Erlaubnis erhielt, eine bestimmte Zahl von Formationen „zur Aufrechterhaltung der Ordnung“ in den Gebieten der neutralen Zone zu verwenden, bildet keine Rechtfertigung für die Maßnahmen der deutschen Regierung. Die Regierung bemüht sich vergeblich, immer wieder darauf hinzuweisen, daß die Kopfgahl der Truppen nicht höher ist, als dieses Zusatzabkommen es gestattet. Abgesehen davon, daß die Nachrichten über die Zahl der im neutralen Ruhrgebiet verwendeten Truppen durchaus widersprechend und deshalb unglauwürdig sind, ist dies ein neuer Versuch, die öffentliche Meinung auch des Auslandes irrezuführen. Das Zusatzabkommen legt nämlich nicht etwa nur die Kopfgahl, sondern auch eingehendste die Formationen und ihre Zusammensetzung fest, wodurch insbesondere die Zahl der Maschinen-gewehre und Geschütze aufs genaueste festgesetzt sind. Diese Bestimmungen aber sind von der Regierung zweifellos verletzt worden. Damit war der Zustand des Artikels 44 des Friedensvertrags gegeben: „Jeder etwaige Verstoß Deutschlands gegen die Bestimmungen der Artikel 42 und 43 gilt als feindselige Handlung gegen die Signatarmächte des gegenwärtigen Vertrags und als Versuch einer Störung des Weltfriedens.“ Danach war klar, daß der Verstoß der deutschen Regierung nicht die französische Regierung allein anging, sondern eine Angelegenheit der Signatarmächte des Friedensvertrags war, ja daß er als Versuch einer Störung des Weltfriedens vor das Forum des Völkerbundes gehörte. Keine Bestimmung des Friedensvertrags gab der französischen Regierung das Recht, deutsche Städte in der neutralen Zone zu besetzen. Trotz aller Schuld der deutschen Regierung bleibt dieses Vorgehen Frankreichs ein nackter militärischer Gewaltakt.

Soweit die objektiven Tatsachen. Die bürgerliche Ideologie und Mentalität findet allein Ursache zur Empörung und neuer chauvinistischer revancheküsterner Hege. Damit kann der deutschen Arbeiterschaft nicht gedient sein, damit kann für revolutionäres Denken das Problem nicht gelöst sein. Zunächst gibt es eine durchaus verständliche psychologische Entschuldigung für die militärischen Maßnahmen Frankreichs, wenn man sie zunächst einmal als rein